

Drei Minister und ein Sparplan

ZESUMME SPUEREN - ZESUMMENHALEN Claude Turmes gibt keine Entwarnung vor dem Winter

Sidney Wiltgen,
Frank Goebel

Mit ernster Miene ist Energieminister Claude Turmes am Donnerstag vor die Presse getreten. „Ich kann keine Entwarnung geben.“ Vorerst sollen die Maßnahmen auf der Solidarität der Luxemburger Unternehmen und Privathaushalte fußen – Gemeinden und Staat wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Der Slogan der Sparkampagne: „Zesumme spueren – Zesummenhalen“.

Der Aufmarsch der drei Minister, der Vertreter des Syvicol, der Handels- und der Handwerkskammer sowie der Klimaagentur hat schnell klargemacht, dass es sich bei der Pressekonferenz am Donnerstagmorgen im Energieministerium um keinen alltäglichen Pressetermin handelt. „Wir sind in schwierigen Zeiten und ich kann keine Entwarnung geben“, eröffnet Energieminister Claude Turmes („déi gréng“) die Pressekonferenz nicht weniger dramatisch. Obwohl die Gasspeicher in Europa gefüllt seien, könnte es eng werden mit der Gasversorgung, wenn Russland seine Lieferungen auf null herunterfahre. Um 15 Prozent sollen EU-Mitgliedstaaten den Gasverbrauch in der Referenzperiode zwischen dem 1. August 2022 und 31. März 2023 im Vergleich zum Durchschnitt der Referenzperiode in den vergangenen fünf Jahren reduzieren – darauf haben sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt.

„Die 15 Prozent ist keine Zufallszahl, sondern basiert auf Modellierungen, die auf EU-Ebene gemacht wurden, falls Russland kein Gas mehr liefern würde“, sagt Turmes. Die Sparkampagne sei den Sommer über vorbereitet worden – „und mit dem Plan sind wir ‚on track‘, um die 15 Prozent einzusparen“, meint der Grünen-Politiker. „Das beinhaltet staatliche Gebäude, Gemeinden, Versicherungen und Banken.“ Der Großteil des Gases könne nicht in der Industrie, sondern in großen Bürogebäuden eingespart werden. „Es ist wichtig, dass diese Anstrengungen auch im Privaten unternommen werden.“ Mit der Reduzierung der Heiztemperatur um ein Grad könne sechs Prozent der Heizenergie eingespart werden, bei zwei Grad wären es sogar zehn bis zwölf Prozent. „Duschen oder warmes Wasser insgesamt stellt den zweithöchsten Gasverbrauch dar und auch da kann man sparen“, meint Turmes. „Wichtig ist, dass jeder nach seinen Möglichkeiten Sparanstrengungen unternimmt.“ Man setze auf Freiwilligkeit und wolle keine Sparpolizei einführen. Der Slogan für diesen Winter heiße deshalb auch „Zesumme spueren – Zesummenhalen“.

Auch wenn das offizielle Sparziel in absoluten Zahlen auf der Pressekonferenz nicht genannt wurde, wurde es den an-

wesenden Journalisten im Pressedossier ausgehändigt. Um 970 Gigawattstunden muss Luxemburg seinen Verbrauch reduzieren, damit bis März laut Berechnungen der Regierung ein Maximalverbrauch von 5.510 GWh zu Buche steht. „Die Strategie ist graduell ausgelegt“, sagt Turmes. Das bedeute, dass die nun vorgestellten Maßnahmen vorerst auf freiwilliger Basis durchgeführt werden sollten. „Wenn das nicht ausreichen sollte oder auf europäischer Ebene der Notstand ausgerufen wird, werde ich per großherzoglichem Reglement verbindliche Maßnahmen beschließen“, so Turmes. In einer dritten Stufe erst würde dann das Gas nach einem geregelten Plan abgestellt werden. Man werde die Lage jedoch konstant überwachen und falls notwendig noch etwas „nachjustieren“.

Sparziel: 970 GWh

Luxemburg sei bisher nicht unbedingt der „Sparchampion“ gewesen, weshalb es wesentlich sei, nun wichtige Ressourcen einzusparen. „Es geht vor allem um Gas, doch auch beim Strom ist die Preislage sehr angespannt“, sagt Turmes. „Es geht darum, die Energieverschwendung in diesem Winter definitiv in den Griff zu bekommen.“ Auf maximal 20 Grad sollen die öffentlichen Bürogebäude zukünftig erhitzt werden – europaweit gehen viele Staaten noch etwas weiter und haben eine Maximaltemperatur von 19 Grad festgelegt. „Die Bestimmung wurde auf Basis der Gewerbeaufsichtsregelung getroffen, die eine Minimaltemperatur von 20 Grad Celsius vorsieht“, meint Turmes auf *Tageblatt*-Nachfrage, warum sich Luxemburg für eine höhere Obergrenze entschieden habe. Auf die Frage nach Homeoffice sagt der Energieminister lapidar: „Wir haben über die Maßnahme diskutiert – sie wurde aber letzten Endes nicht angenommen.“ Luxemburg sei mit den vorgestellten Maßnahmen gut aufgestellt.

Staat und Gemeinden mit gutem Beispiel voran

Neben einer Maximaltemperatur in öffentlichen Gebäuden sollen unbenutzte Räume und Gänge ebenfalls nicht mehr geheizt werden. In gekühlten Räumen soll die Temperatur leicht angehoben werden. Auch soll die Möglichkeit analysiert werden, die Temperaturen in Serverräumen zu erhöhen. Außerdem soll die Betriebszeit von Lüftungsgruppen an die tatsächliche Nutzung der Räume angepasst werden – eine Anweisung, die ja nach Pandemie-Lage jederzeit wieder überarbeitet werden kann. Des Weiteren soll der Verbrauch von Warmwasser reduziert werden und

in Gebäuden, in denen das Wasser hauptsächlich zum Händewaschen dient, außer Betrieb gesetzt werden. Die Beleuchtung in und an öffentlichen Gebäuden soll auf ein Minimum reduziert werden – deswegen soll an jedem Gebäude einzeln geprüft werden, ob die Außenbeleuchtung nicht komplett abgeschaltet werden kann. Beleuchtung zu ästhetischen Zwecken soll komplett abgeschaltet werden.

„Das Thema ist für die Gemeinden nicht neu“, sagt Innenministerin Taina Bofferding. „Die Kommunen gehören dem Klimapakt an und sind sich ihrer Verantwortung bewusst.“ Die LSAP-Ministerin hob zudem die Resilienz der Luxemburger Gesellschaft und die Kriseninfrastruktur hervor. „In einer ersten Phase geht es darum, präventiv zu arbeiten, um etwa unabhängiger von energetischen Fluktuationen zu werden“, sagt die Innenministerin, die nach einem Exkurs über passive Bauweisen und die Begrünung der Innenstädte erklärt, dass in der derzeitigen Krise auch die Notfallpläne der Regierung aktualisiert wurden. „Privathaushalte und die kritische Infrastruktur werden im Notfall als Letzte vom Gas abgeklemmt.“

Monitoring der Gemeinden

Das Innenministerium stehe zudem auch im engen Kontakt mit den Gemeinden und habe ein Monitoring eingerichtet, anhand dessen man die gezielten Sparmaßnahmen der Gemeinden wie auf einem „Dashboard“ verfolgen könne. Ob diese Daten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden? „Wir verfolgen alles über die geplanten Budgetposten und die schlussendlich getätigten Ausgaben der Gemeinden“, sagt Bofferding, die darauf verweist, dass das keine geheimen Daten seien. „Wir sind dabei, dieses Monitoring aufzubauen – wenn es fertig ist, ist es fertig.“ Daten, die dann fehlen würden, könne man bei der Gemeinde noch beantragen. Ob oder inwiefern die starken Preisfluktuationen einen Einfluss auf die budgetäre Analyse hat, wurde nicht erörtert.

Fenn Faber von der Klimaagentur liefert nach der Pressekonferenz noch etwas mehr Details zum Monitoring in den Gemeinden selbst. „Im Rahmen des Klimapakts wurde der EnerCoach eingerichtet“, sagt Faber. „Dieses Werkzeug ermöglicht es den Gemeinden, den Verbrauch der Gebäude, ihres Fuhrparks und der Beleuchtung genau zu verfolgen.“ Da könnten auch strukturelle Defizite von einigen Gebäuden genau erarbeitet werden und der Verbrauch in CO₂ umgerechnet werden.

Serge Hoffmann vom Gemeindegewerksyndikat Syvicol untermauert die Darstellung Bofferdings, dass die Gemeinden

ihrer Verantwortung nachkommen – und damit Vorbild sein werden, um die Bürger ihrerseits zu ermutigen, Energie zu sparen. Kommunikation und entsprechendes Handeln seien längst im Gange, was man etwa in Grevenmacher sehen könne, wo ja das Freibad drei Wochen früher schließe als ursprünglich vorgesehen.

Als Bürgermeister der Gemeinde Hobscheid habe er selbst erörtern lassen, welche Maßnahmen möglich sind: etwa die geringfügige Absenkung der Wassertemperaturen in Heizkesseln der öffentlichen Gebäude auf 55 Grad, dass in einigen öffentlichen Gebäuden nur noch kaltes Wasser bereitgestellt wird oder die genaue Betrachtung, an welchen Stellen Straßen- und andere Beleuchtungen abgeschaltet werden können.

Sticker für die Unternehmen

Mittelstandsminister Lex Delles (DP) weist darauf, dass im Rahmen der Energiekrise finanzielle Hilfen für Unternehmen bereitstünden. „Diese wurden im letzten Tripartite-Abkommen bereits festgeschrieben“, sagt Delles, der darauf verweist, dass sich die Unternehmen bereits seit längerem mit dem verantwortungsvollen Umgang mit der Energie auseinandersetzen würden. Per Post wolle man alle Betriebe sensibilisieren. „Ein Sticker mit ‚best practices‘ wird an Luxemburgs Unternehmen verteilt, in dem wir verschiedene Maßnahmen vorschlagen werden.“

Auch die Vertreter der Handels- und Handwerkskammer Fernand Ernster und Alexander Kieffer berichteten, dass Maßnahmen und Reaktionen auf die Notwendigkeit des Energiesparens bereits weit fortgeschritten seien – sowohl nach innen als auch nach außen: So gebe es etwa konkrete Anleitungen, um in Handwerksbetrieben entsprechend Energie einzusparen, aber eben auch definierte Workflows, mit denen beim Kunden die entsprechende Wirkung erzielt werden könne: etwa über einen Check von Heizungsanlagen, Fenstern und Türen, der dann dazu führen kann, dass unregelmäßige Pumpen gegen schlaudere Geräte ausgetauscht oder Dichtungen erneuert werden. Auf *Tageblatt*-Nachfrage bestätigt Alexander Kieffer, dass es bei verschiedenen Produkten zu Wartezeiten kommen könnte. „Die eigentliche Message ist doch, dass es gemacht werden muss – die Wartezeit darf bei der Planung keine Rolle spielen.“



Mittelstandsminister Lex Delles, Innenministerin Taina Bofferding und Energieminister Claude Turmes